

Parteien bieten ganze Bandbreite an Parolen zur Urnenabstimmung an

Eglisau: Umkämpftes Budget Ja zum Budget, aber Nein zur Steuerfusserhöhung oder doch beides annehmen? Oder gleich den ganzen Voranschlag kippen? In Eglisau gehen die Meinungen der Parteien vor der Abstimmung weit auseinander.

Manuel Navarro

In Eglisau wird am 31. Januar über das Budget und den Steuerfuss abgestimmt. Der Gemeinderat beantragt, eine Steuererhöhung um 4 Punkte auf 41 Prozent zu genehmigen, die Rechnungsprüfungskommission plädiert dafür, wie bisher mit 37 Prozent zu erheben. Der Steuerfuss inklusive demjenigen der Schulgemeinde (76 Prozent) würde somit entweder bei 117 oder bei 113 Prozent liegen.

Derweil sieht das Budget des Gemeinderats einen Aufwand von 31,8 Millionen Franken und einen Ertrag von 31,1 Millionen Franken vor. Mit dem erhöhten Steuerfuss würde somit ein Minus von rund 687'000 resultieren, mit dem bisherigen eines von knapp 1,3 Millionen Franken.

Nur eine Partei lehnt das Budget komplett ab

Die grösseren Parteien im Dorf haben bereits im Vorfeld oder auf Anfrage Stellung genommen zur Abstimmung. Das Budget ganz abzulehnen, empfiehlt nur eine Partei, allerdings die – gemessen am Wähleranteil der letzten Kantons- und Nationalratswahlen – grösste in der Gemeinde: die SVP. Würde das Budget trotzdem angenommen, rät die Partei dazu, bei der Stichfrage Variante B zu wählen, also den Steuerfuss zu belassen.

«Die SVP Eglisau hat den Gemeinderat bereits am 19. November aufgefordert, die Ausgaben im Budget weiter einzuschränken», erklärt Regula Peter, die Präsidentin der Eglisauer SVP auf Anfrage. «Die Partei hat kein Verständnis für eine geplante Steuerfusserhöhung in der aktuellen Zeit. Neben der gesundheitlichen, psychischen und wirtschaftlichen Herausforderung soll die Bevölkerung nicht durch erhöhte Ausgaben belästigt werden», sagt sie weiter.

Doch warum das Budget ganz ablehnen? «Das Budget anzunehmen ohne eine Steuerfusserhöhung, wäre unserer Ansicht nach ein falsches Signal», so Peter. «Es verschiebt die unangenehme Arbeit auf die Einheitsgemeinde und die neu gewählte Behörde ab 2022. Es ist unsere Aufgabe, den zukünftigen Generationen einen stabilen Gemeindehaushalt zu hinterlassen und nicht durch finanzielle Belastungen deren Zukunft einzuschränken.» Die vergangenen Jahre hätten manchen Spielraum für den Ausbau von Annehmlichkeiten offengelassen, die heute überprüft oder korrigiert werden müssten, damit die tieferen Steuereinnahmen und steigenden Sozialkosten auch in den nächsten Jahren getragen werden könnten.

Ja zum Budget, Nein zur Steuerfusserhöhung

Interessant ist die Position der SVP auch deshalb, weil bereits jetzt klar ist, dass bei einer Ablehnung des Budgets der Regierungsrat das Zepter in die Hand



Wie soll Eglisau budgetieren? Die Meinungen der grösseren Parteien gehen auseinander. Foto: Sabina Bobst

nehmen und den Steuerfuss bestimmen wird. Davor scheint sich die Partei allerdings nicht zu fürchten.

Gegen eine Steuerfusserhöhung, aber für eine Annahme des Budgets ist nicht nur die Rechnungsprüfungskommission, sondern auch die lokale FDP. Dies, obwohl die FDP das vorgelegte Budget durchaus kritisch aufgefasst hat. «Macht man sich die Mühe, die Weisungshefte der vergangenen Jahre der Politischen Gemeinde zu studieren und mit dem aktuellen Weisungsheft zu vergleichen, ist es nicht möglich über diverse Investitionsprojekte hinweg einen roten Faden zu erkennen. Auf sinnvolle Investitionen in eine nachhaltige Infrastruktur soll natürlich nicht verzichtet werden. Die Ausgaben müssen aber generell kritischer hinterfragt werden», schreibt Michael Heegewald, Präsident der FDP Eglisau, in einem offenen Brief zur Abstimmung. Konkret nennt Heegewald Projekte wie die Sanierung des Altersheims in der Höhe von rund 1,7 Millionen Franken sowie das Gestaltungsprojekt Torplatz Städtli mit 300'000 Franken, die in der momentanen angespannten Finanzsituation der Gemeinde sehr stark zu hinterfragen und nicht

tragbar seien. Sauer stösst ihm auch auf, dass die Jubiläumsdividende der ZKB in der Höhe von 170'000 Franken für einen gesellschaftlichen Anlass ausgegeben werden soll, statt sie in ein nachhaltiges Projekt zu investieren.

Keine Parole zum Budget bei der GLP

Das Budget abzulehnen, empfiehlt die FDP trotzdem nicht. «Ziel des offenen Briefes ist es, den Gemeinderat auf die Prinzipien der Sparsamkeit und der Wirtschaftlichkeit aufmerksam zu machen.» Man sei an einer lösungsorientierten Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat interessiert. «Und er genießt grundsätzlich unser Vertrauen.» So hätte die FDP auch an der Gemeindeversammlung über die Budget im Dezember – sofern sie stattgefunden hätte – keine Kürzungsanträge angebracht. Die Partei hätte sich zwar für Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit eingesetzt. Aber für die FDP Eglisau sei stets die Nichtannahme der Steuererhöhung zentral, nicht die Rückweisung oder Kürzung des Budgets.

Einen anderen Weg als die FDP geht die lokale GLP. Coronabedingt habe man das Budget 21 an der Gemeindeversammlung nicht diskutieren können, sagt

Hans Alder, Präsident der GLP Rafzerfeld. Und Korrekturen seien nun nicht mehr möglich, es verbleibe nur noch, ein Ja oder Nein zum Vorschlag des Gemeinderats einzulegen. «Bei einem Nein übernimmt der Kanton. Wie sich das anfühlt, wenn man seine Steuerhoheit abtreten muss, ist eine emotionale Frage, die jeder Stimmberechtigte selbst gewichten und entscheiden muss.» Die GLP verzichte deshalb auf eine Parole zum Budget.

Wie die RPK, die FDP und die SVP lehnt aber auch die GLP eine Steuerfusserhöhung ab. «Im Gegensatz zum Gemeinderat sieht die GLP noch Potenzial für Verbesserungen. Insbesondere in der Bewirtschaftung des öffentlichen Raums ist das Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben erneut unbefriedigend», so Alder. Die Einnahmen aus den Parkgebühren seien viel zu tief, die Ausgaben für den Unterhalt und den Ordnungsdienst aber erschreckend hoch.

Die GLP vermisse wirtschaftliches Denken und Handeln, wie es andere Gemeinden mit vergleichbaren Voraussetzungen zeigten, so Alder weiter. Während Rüdlingen mit seinen Gästen einen ansehnlichen Gewinn erziele, sei der Tagestourismus für viele eine Belastung und für die

Gemeindekasse ein Verlust. Für ihn persönlich sei es deshalb kein Schreckgespenst, wenn ein «fremder Beamter» im Budgetprozess nicht nur Befehle erteile, sondern hoffentlich auch Fragen stellen würde.

«Fokus Eglisau» setzt sich für Steuererhöhung ein

Indes, in der Gemeinde gibt es auch Befürworter des Budgets und der Steuerfusserhöhung. Allen voran die Ortspartei «Fokus Eglisau», die zwei von fünf Mitgliedern des Gemeinderats stellt. «Die Idee, die Steuererhöhung zu vertagen und zuzuwarten, wie sich die Situation in der Einheitsgemeinde ab 2022 präsentieren wird, ist verführerisch», schreibt Marianne Fröhlich in einer Mitteilung zur Ja-Parole. «Tatsache ist aber, dass auch dann gesamtgesellschaftlich nicht mehr Geld in der Kasse von Gemeinde und Schule sein wird und dass vor allem mit dem Bau des neuen Sekundarschulhauses eine grosse Investition auf uns zukommt, deren Notwendigkeit inzwischen allseits akzeptiert zu sein scheint.»

Fröhlich führt weiter aus, dass die angeblich gute Eigenkapitalbasis eine theoretische Grösse sei und – nebst liquiden Mitteln – vor allem aus Strassen und Gebäuden bestehe, die nicht ver-

äußert werden können, weil sie gebraucht würden. «Hat die Gemeinde nicht genügend flüssige Mittel zur Deckung der Kosten, so muss sie Schulden machen, die dann zukünftige Generationen belasten werden.»

Die Ortspartei erinnert aber auch an frühere Zeiten. «Anstatt finanzielle Reserven für die in den kommenden Jahren benötigte Infrastruktur und den Gemeindeunterhalt zu bilden, wurde der Steuerfuss 2016 aufgrund hoher Grundstückgewinnsteuern um 4 Prozent gesenkt», erinnerte der Vorstand von Fokus Eglisau bereits im Dezember. Selbst mit der Steuererhöhung müssten noch immer 687'000 Franken aus dem Eigenkapital genommen werden.

Die gebundenen Kosten – etwa für Sozialhilfe, Pflegefinanzierung und Ergänzungsleistungen – seien seitdem aber stark angestiegen. Und gleichzeitig müsse in der Zukunft in die Infrastruktur und die Verwaltung investiert werden. Dies, während aufgrund von Corona weniger Steuererträge zu erwarten seien und der Finanzausgleich durch den Kanton um 744'000 Franken geringer ausfalle. In Bezug auf ein mögliches Sparpotenzial weist die Partei darauf hin, dass der Handlungsspielraum des Gemeinderats beschränkt sei.